



Stellungnahme - Datenspeicherung schadet

Stellungnahme - Datenspeicherung schadet
Die von der Bundesregierung geplante anlasslose Vorratsdatenspeicherung beeinträchtigt die Presse- und Rundfunkfreiheit. Sie schwächt den Informantenschutz und das Redaktionsgeheimnis. Zu diesem Schluss kommen die wichtigsten deutschen Medienverbände und -unternehmen in einer gemeinsamen Stellungnahme an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags. Mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs seien die geplanten Regelungen nicht in Einklang zu bringen. Durch die Speicherung der Telekommunikationsdaten ließen sich die Kontakte zwischen Redaktionen und ihren Informanten nachvollziehen. Vorgesehen sei in dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung zudem die Erhebung von Standortdaten, um Bewegungsprofile anfertigen zu können. "Jede Maßnahme für sich, aber auch deren Verknüpfung ist geeignet, das Vertrauen in den Informantenschutz nachhaltig zu untergraben bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen, was die journalistische Berichterstattungsfreiheit in nicht hinnehmbarem Maße gefährdet", heißt es in der Stellungnahme wörtlich. Die Medienorganisationen DJV, dju in ver.di, BDZV, VDZ, VPRT, der Deutsche Presserat und die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF fordern deshalb die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, dem Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung die Zustimmung zu verweigern. Die 22-seitige Stellungnahme wurde am heutigen Montag an den Rechtsausschuss des Bundestags geschickt. Das Gremium wird sich voraussichtlich am 21. September mit der Vorratsdatenspeicherung befassen. In der Anhörung des Rechtsausschusses sollen nach derzeitiger Planung Vertreter der Medien nicht gehört werden. Die Stellungnahme zur Vorratsdatenspeicherung ist auf den Online-Seiten der Medienverbände und -unternehmen zu finden.
DJV-Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hendrik Zörner, Charlottenstr. 17, 10117 Berlin, Tel. (030) 72 62 79 2-0, E-Mail: djv@djv.de, www.djv.de
dju: Cornelia Haß, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Tel. (030) 69 56-23 22, E-Mail: dju@verdi.de, www.dju.verdi.de
BDZV: Anja Pasquay, Haus der Presse, Markgrafenstr. 15, 10969 Berlin, Tel. (030) 72 62 98-0, E-Mail: pasquay@bdzv.de, www.bdzv.de
VDZ: Peter Klotzki, Haus der Presse, Markgrafenstr. 15, 10969 Berlin, Tel. (030) 72 62 98-0, E-Mail: p.klotzki@vdz.de, www.vdz.de
Deutscher Presserat: Fritschestr. 27-28, 10585 Berlin, Tel. (030) 36 70 07-0, info@presserat.de, www.presserat.de
VPRT: Hartmut Schultz, Stromstr. 1, 10555 Berlin, Tel. (030) 39 88 8-0, info@vprrt.de, www.vprrt.de
ARD - Hessischer Rundfunk: Christoph Hammerschmidt, Bertramstraße 8, 60320 Frankfurt, Tel. (069) 155-0, E-Mail: christoph.hammerschmidt@hr.de, www.hr-online.de
ZDF: Christoph Bach, bach.c@zdf.de, www.zdf.de

Pressekontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

djv@djv.de, www.djv.de

Firmenkontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

djv@djv.de, www.djv.de

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), 1949 gegründet, vertritt die berufs- und medienpolitischen Ziele und Forderungen der hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten aller Medien. Er ist politisch wie finanziell unabhängig und handelt ohne sachfremde Rücksichtnahmen. Der DJV achtet und fördert die publizistische Unabhängigkeit seiner Mitglieder. In seiner Kombination aus Gewerkschaft und Berufsverband befindet er sich auf deutlichem Erfolgskurs. Die Entwicklung der Mitgliedszahlen belegt dies: Allein in den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Mitglieder von 16.592 (12/88) auf 36.150 (5/00). Dies ist nicht zuletzt auf das umfangreiche Leistungspaket des DJV zurückzuführen: Tarife: Der DJV schließt als Tarifpartei seit 1950 in allen Medien Tarifverträge und überwacht deren Einhaltung. Rechtsschutz: Der DJV und seine Landesverbände beraten in beruflichen Konfliktfällen und bieten freien wie angestellten Journalistinnen und Journalisten Rechtsschutz, vor allem bei arbeits-, steuer- oder urheberrechtlichen Angelegenheiten. Beratung: Der DJV berät und informiert seine Mitglieder beim Abschluss von (Arbeits-)Verträgen, in Ausbildungs- und in Steuerfragen.